

"Franzosen und Italiener sorgen sich um ihre Pfirsiche und Tomaten" in Die Welt (31. Dezember 1980)

Legende: Am 31. Dezember 1980 analysiert die deutsche Tageszeitung Die Welt die an den Beitritt Griechenlands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) geknüpften Übergangsbestimmungen.

Quelle: Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. 31.12.1980. Hamburg: Die Welt.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"franzosen_und_italiener_sorgen_sich_um_ihre_pfirsiche_und_tomaten"_in_die_welt_31_dezember_1980-de-bb60becf-0a7a-433d-99a7-ca91a8f89daf.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

Vom 1. Januar an gehört auch Griechenland zur Europäischen Gemeinschaft

Franzosen und Italiener sorgen sich um ihre Pfirsiche und Tomaten

Von WILHELM HADLER

Freude wollte nicht so recht aufkommen, als die Neun Griechenland kurz vor Weihnachten die noch offenen Bedingungen für den „Einstieg“ Athens in den europäischen Agrarmarkt gewährt hatten. In die Brüsseler Erleichterung über den mühsamen Kompromiß mischte sich hier und da sogar Verbitterung. Landwirtschaftsminister Kannelopoulos schien es ganz darauf angelegt zu haben, seine Kollegen gleich bei der ersten Gelegenheit das Fürchten zu lehren.

Die Ausdauer und Härte, mit der Athen in letzter Stunde für so hohe Agrarpreise und entsprechend günstige Finanzregelungen aus der Brüsseler Kasse focht, stand für manche Beobachter in deutlichem Gegensatz zur bisherigen Verhandlungstaktik der Hellenen. Auf jeden Fall lassen sie wohl den Schluß zu, daß der EG-Neuling seine Interessen künftig genauso entschieden vertreten wird wie die übrigen Partner.

Athen hat Zeit, sich anzupassen

Vor der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages im Mai 1979 hatten die Griechen offenbar stets die Gefahr vor Augen gehabt, in den Sog der weit schwierigeren Verhandlungen der Neun mit Spanien und Portugal zu geraten. Sie wollten damals um jeden Preis eine Verzögerung des eigenen Beitrittstermins vermeiden. Derartige Rücksichten sind inzwischen überflüssig geworden.

Wichtig für den schnellen Verlauf der Beitrittsgespräche war jedoch auch, daß die Schaffung der Zollunion mit der Gemeinschaft keine größeren wirtschaftlichen Probleme mehr stellt. Seit 1962 ist Griechenland mit der EG assoziiert. In der Praxis bedeutet dies, daß alle griechischen Industrieerzeugnisse (außer Eisen- und Stahlprodukten) seit langem zollfrei in die Gemeinschaft gelangen. Von den Einfuhren Athens aus der Neuner-EG werden zur Zeit nur noch ein Drittel mit Zollabgaben belastet.

Eine fünfjährige Übergangsfrist, die Athen für die Übernahme des Gemeinschaftsrechts eingeräumt wurde, sorgt zudem für eine genügend flexible Anpassung an die Bedingungen des größeren Marktes. Nur die Freizügigkeit für Arbeitnehmer soll innerhalb von sieben Jahren verwirklicht werden. Eine gleich lange Übergangszeit wird für Tomaten und Pfirsiche gelten, die den Franzosen und Italienern erhebliche Sorgen bereiten.

Für die Gemeinschaft stellt sich indes weniger die Frage, ob die Beitrittsverhandlungen gründlich genug geführt wurden. Wichtiger ist, daß sich die EG zum zweiten Male auf eine Erweiterung eingelassen hat, ohne wenigstens in groben Zügen Klarheit über ihre künftigen Absichten und Zielsetzungen zu besitzen.

Gewißheit herrscht in Brüssel lediglich darüber, daß der Beitritt Griechenlands und der beiden anderen Mittelmeerstaaten grundlegende Veränderungen im Charakter der EG mit sich bringen wird. Aus einem Klub von vorwiegend wohlhabenden Industrienationen droht zunehmend ein „Zusammenschluß von Ungleichen“ zu werden, der kaum noch gemeinsame Probleme besitzt. Andererseits ist klar, daß die „Süderweiterung“ politisch unausweichlich ist, seitdem die Kandidatenländer zur Demokratie zurückgefunden haben.

Verhandelt wurde mit den Griechen jedoch nur über Anpassungsmechanismen und Übergangszeiten, nicht aber darüber, welche Gemeinschaftsregeln verändert werden müssen, um die erweiterte EG halbwegs funktionsfähig zu erhalten. Grund dafür ist, daß die Neun selbst die Frage nach einer Verbesserung ihrer Entscheidungsstrukturen immer wieder vertagt haben. Auch die ursprünglichen politischen Ziele der Integration sind seit den sechziger Jahren zunehmend aus den Augen geraten.

Schon jetzt ist die EG dabei, sich zu einer „Gemeinschaft mit zwei Geschwindigkeiten“ zu entwickeln. Großbritannien nimmt zum Beispiel noch immer nicht an dem Europäischen Währungssystem (EWS) teil,

das auf eine größere Konvergenz der wirtschafts- und währungspolitischen Entscheidungen in der Gemeinschaft abzielt. Auch Athen dürfte auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, sich dieser Zone währungspolitischer Stabilität anzuschließen.

Brüssel kann nur Probleme mildern

Kernproblem für eine wirkliche Integration der europäischen Volkswirtschaften ist das immer stärker werdende Nord-Süd-Gefälle in der EG. Es könnte nur durch einen großzügigen finanziellen Transfer zwischen den reicheren und den benachteiligten Regionen gemildert werden und setzt zudem eine hinreichend vergleichbare Mentalität der Völker voraus.

Bisher jedoch hat sich der Ministerrat in Brüssel niemals zu einer echten Regionalpolitik durchringen können. Auch künftig werden sich aus Mitteln der Gemeinschaft allenfalls einige Probleme mildern lassen, die sich direkt aus der Einführung gemeinsamer EG-Politiken ergeben.

Großzügigere Hilfeleistungen bei der Angleichung der wirtschaftlichen Strukturen verhindern vor allem die explosionsartig steigenden Kosten des Agrarmarktes. Sie verschlingen trotz steigender EG-Budgets jährlich noch immer drei Viertel der Ausgaben der Gemeinschaft.

Die Landwirtschaftspolitik begünstigt jedoch eher die nördlichen als die südlichen Regionen. Rund vierzig Prozent des EG-Haushalts entfallen allein auf die Stützung des Milchmarktes.

Trotz dieser Tatsache ist kaum anzunehmen, daß der griechische EG-Beitritt den Druck auf eine Einschränkung der Agrarausgaben wesentlich verstärken wird. Wahrscheinlicher ist nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen eher das Gegenteil. Was den Bauern im Norden der Gemeinschaft an Einkommenssicherungen gewährt wird, wird ihren ärmeren Kollegen im Mittelmeerraum schwer zu verwehren sein. Dies gilt jedenfalls für solche Agrarerzeugnisse, für die keine größeren Überschüsse bestehen.

Immerhin: Die Fairneß gebietet festzustellen, daß die Probleme der Gemeinschaft nicht durch die Erweiterung geschaffen, sondern durch sie lediglich verstärkt und deutlicher sichtbar werden. Auch vor dem griechischen Beitritt war die Handlungsfähigkeit der EG-Institutionen wegen des Festhaltens der Regierungen am Prinzip einstimmiger Entscheidungen schwer beeinträchtigt. Auch ohne die Erweiterung droht dem europäischen Agrarmarkt demnächst ein Kollaps.

Bereits 1976 hatte die Kommission in einer Stellungnahme zum Athener Beitrittsantrag gewarnt, jede neue Erweiterung der Gemeinschaft müsse mit einer „Stärkung ihrer gemeinsamen Organe Hand in Hand gehen“. Diese Forderung ist ebenso Papier geblieben wie die von Brüssel gewünschten Fortschritte in der internen Entwicklung der EG.